

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrte Leserinnen und Leser,

## Personengruppen

Nach Artikel 9 der von uns genannten UN Res. 56.83:

### **Verhalten im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen**

Das Verhalten einer Person oder Personengruppe ist als Handlung eines Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten, wenn die Person oder Personengruppe im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen faktisch hoheitliche Befugnisse ausübt und die Umstände die Ausübung dieser Befugnisse erfordern.

Ist es also möglich auch als Personengruppe aufzutreten. Das soll nicht als landesweiter Verein stattfinden sondern in einer ganz anderen Art. Wie Sie mittlerweile wissen besitzt der Staat Deutschland regulär keine Länder, sondern besteht aus 16 Gebieten/Bezirken. Wir rufen Sie nun auf, freie nicht vereinsgebundene Personengruppen in den 16 Gebieten zu gründen.



Nach Artikel 10 der vorbenannten Resolution:

### **Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung**

- 1. Das Verhalten einer aufständischen Bewegung, die zur neuen Regierung eines Staates wird, ist als Handlung des Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten.
- 2. Das Verhalten einer aufständischen oder sonstigen Bewegung, der es gelingt, in einem Teil des Hoheitsgebiets eines bestehenden Staates oder in einem seiner Verwaltung unterstehenden Gebiet einen neuen Staat zu gründen, ist als Handlung des neuen Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten.
- 3. Dieser Artikel berührt nicht die Zurechnung eines Verhaltens zu einem Staat, gleichviel in welcher Beziehung es zu dem der betreffenden Bewegung steht, wenn dieses Verhalten auf Grund der Artikel 4 bis 9 als Handlung dieses Staates zu gelten hat.

Kann in dem vorhandenen Staat Deutschland (das Fundament ist freigelegt) endlich unser Bürgerhaus des Volkes solidarisch und legal aufgebaut werden. Unser Staat besitzt im Gegensatz zur BRD ein hoheitliches Gebiet das nach Artikel 1 Absatz 1 Satz 2 mit:

„Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein“

beschrieben ist, ein Zurück gibt es nicht mehr.

Da der Staat Deutschland ein einziges Gebiet darstellt, das nur in 16 Gebiete unterkartographiert ist, besitzt dieser Staat auch nur ein einheitliches Staats- und Rechtswesen, das im ganzen Land einheitlich für alle Gültigkeit besitzt. Landesverfassungen und Landesparlamente sind mit dem Erlöschen der BRD und ihrer „Länder“ am 03. Oktober 1990 ungültig geworden.

Statt sich in eine Gruppierung zu vereinen was später nicht ausgeschlossen sein ist, erscheint es angebracht, wenn wir uns in 16 Gebieten etablieren und den Kampf gemeinsam gegen das Unrechtssystem BRD führen.

Um dieses zu erreichen, bedarf es erst einmal einer kleinen Zentrale. Damit das auch möglich werden kann, machen wir folgenden Vorschlag:

Jedes Gebiet wird unter [www.staat-deutschland.de](http://www.staat-deutschland.de) als Subdomain, Beispiel [www.brandenburg.staat-deutschland.de](http://www.brandenburg.staat-deutschland.de) wo Herr Klein gegenwärtig als Einzelkämpfer gegen den Abwasserverband und das „Land“ Brandenburg kämpft, eingerichtet.

Diese Subdomains erhalten 200 MB Webspace, (No Traffic) mit eigenem FTP Zugang. Das bedeutet, dass unter Ihnen auch Webmaster sein sollten die schon eigene Webseiten besitzen oder darin Erfahrung haben. Welches Programm sie dafür benutzen ist freigestellt. Grundbedingung ist in allem unser:

<http://staat-deutschland.de/downloads/statement-rev-2.pdf>

Das Funktionsprinzip ist einfach, klar und übersichtlich. Die dazu gehörenden Webseiten werden von den dazu gehörenden Personengruppen gepflegt und sind auch der eigentliche Treffpunkt der einzelnen Bezirke. Jeder Webseite können wir gegenwärtig nur 30 (außer Brandenburg 29) E-Mailadressen zuordnen, da Herr Klein hier schon unter [hans.klein@staat-deutschland.de](mailto:hans.klein@staat-deutschland.de) erreichbar ist. Wer also in Brandenburg mitmachen möchte wendet sich somit vertrauensvoll bitte an Herrn Klein.

Alle anderen nutzen bitte folgende Adresse:

<http://staat-deutschland.de/newsletter/index.php>

Geben Sie bitte nur Vor- und Zuname, eine gültige E-Mailadresse und den Bezirk an ggfs. Telefonnummer. Für diejenigen die Weberfahrung haben, teilen Sie uns bitte Ihre Webseite mit.

### **Grundbedingungen:**

- <http://staat-deutschland.de/downloads/statement-rev-2.pdf> wer enttarnt wird, wird ausgeschlossen.
- die zweite Bedingung ist, das Sie den 2+4 Staatsvertrag vom 12. September 1990 der am 03. Oktober 1990 nach Artikel 8 Ratifiziert und endgültig durch die UDSSR mit Hinterlegung der letzten Urkunde am 15. März 1991, mit dem die endgültige Souveränität Deutschlands als Staat anerkannt wurde, akzeptieren,
- die dritte Bedingung ist, dass die demokratische Deutschlandverfassung von 1949 zwar änderungsbedürftig, aber als geeignet anerkannt wird. <http://staat-deutschland.de/downloads/49er.pdf> Maßgebend sind die Bürgerrechte und Artikel 144 insbesondere weitergeltendes Gesetz ab 1990. Dazu Zählen nur die Gesetze die zwischen dem 23. Mai 1949 und dem 02. Oktober 1990 nachdem Grundgesetz von 1949 entstanden sind, einzige Ausnahmen sind die gegenwärtigen Sozialgesetzbücher ab 01. 01. 2009 um gegenwärtige aber gravierend zu ändernde soziale Unruhen zu vermeiden. Sehen Sie diese als Vorschlag u. a. an.

Mit der Anmeldung zu einer Personengruppe nehmen sie die vorgenannten Bedingungen an, die zum reibungslosen Verlauf nötig sind. Nur gemeinsam sind wir stark.

Da der Staat Deutschland aufgrund fehlender Regierung keine Verträge mit Europa geschlossen hat, können wir trotzdem bestehende Verträge nicht negieren, Ausnahme ist der Lissabon Vertrag, dieser kommt für uns überhaupt nicht in Betracht. Dennoch ist der Staat Deutschland ein neutraler Staat. Es dürfte Ihnen klar sein, dass sich in Europa auch wieder Wenige, die dazu keine Rechte besitzen, über Millionen Menschen verschiedener Volkszugehörigkeit erheben.

Artikel 16 der UN-Resolution zeigt auf, wie völkerrechtswidrig sich das momentane Europa verhält:

#### **Verantwortlichkeit eines Staates im Zusammenhang mit der Handlung eines anderen Staates**

##### **Beihilfe oder Unterstützung bei der Begehung einer völkerrechtswidrigen Handlung**

Ein Staat, der einem anderen Staat bei der Begehung einer völkerrechtswidrigen Handlung Beihilfe leistet oder Unterstützung gewährt, ist dafür völkerrechtlich verantwortlich,

- a) wenn er dies in Kenntnis der Umstände der völkerrechtswidrigen Handlung tut und
- b) wenn die Handlung völkerrechtswidrig wäre, wenn er sie selbst beginge.

Jegliche Duldung der nichtigen BRD ist ebenso eine völkerrechtswidrige Handlung. Jeglicher Vertrag, der von der BRD nach dem 03. Oktober 1990 mit einer anderen Nation geschlossen wurde, ist ungültig. Auch andere Völker/Nationen könnten sich auf diese Resolution berufen und ihre Regierungen/Parteien zwingen, ähnlich wie wir es in unserem Staat vorhaben, ihnen zu gemeinschaftlichem Recht zu verhelfen. Ein geeintes Europa unter Beibehaltung der Eigenständigkeit der Völker, ist der Diktatur eines zwangsgееinteten Europa immer vorzuziehen. Wir haben einen Weg aufgezeigt, gehen müssen wir ihn gemeinsam.

Mit freundlichen Grüßen

Gregor Braun und Peter Hentschel